

Humanistische Union

Von der äußeren zur inneren Einheit

Deutschland ist vereint, die Deutschen sind es nicht. Wir leben in einem gemeinsamen Staat, aber nach wie vor in zwei Gesellschaften, die sich wenig oder gar nicht füreinander öffnen. Doch darüber zu sprechen, bedarf fast einer Rechtfertigung. Im Ostteil der Republik ist das Thema innere Einheit kaum noch ein Thema, weil Enttäuschung und Trotz es ersticken, im Westteil gilt es - außer wenn Wahlen anstehen - als erledigt und abgehakt. Seit Arbeitslosigkeit und Insolvenzen nicht nur den Osten, sondern auch den Westen bedrängen, hat jeder nur noch Augen für die eigenen Sorgen. Viele Nöte sind gesamtdeutsch, aber sie führen nicht zusammen, sondern noch weiter auseinander.

Natürlich gibt es Einwände. Ein besonders ignoranter lautet, zwischen Bayern und Hamburgern bestünden mindestens so große Unterschiede wie zwischen West- und Ostdeutschen. Aber zwischen Sachsen und Mecklenburgern sind Abstand und wechselseitige Vorurteile nicht geringer. Was Ost- und Westdeutsche trennt, sind nicht Dialekt und Landsmannschaft, sondern vierzig Jahre Leben in unvereinbaren, einander feindlichen Systemen, die jeden formten und prägten - auch diejenigen, die sich dagegen sträubten oder es nicht wahrhaben wollen. Selbst die Alternativen und Aussteiger im Westen bleiben der alten Bundesrepublik verhaftet, und die Dissidenten und Feinde der DDR bleiben doch Kinder dieses Staates. Dazu kommen noch dreizehn Jahre einer Vereinigungspolitik und -praxis, die tiefe Verbitterung im Osten und verärgerte Abwendung im Westen hervorrief. Bayern und Preußen sind sich fremd, aber sie verachten einander nicht. Wenn der Vergleich überhaupt etwas hergibt, dann höchstens für einen Definitionsversuch dessen, was die Vereinigung erreichen soll, nämlich einen Zustand, in dem Ost- und Westdeutsche einander nicht ferner stehen als Schwaben und Friesen oder Thüringer und Pommern.

Ernster erscheint schon der Hinweis, dass die schlimmsten Auseinandersetzungen zwischen Ost und Ost stattfinden. Kein Zweifel, eine ganze Skala von Vorbehalten bis zu blankem Hass trennt einstige Bürgerrechtler von einst Regime-Nahen, zuweilen auch Bürgerrechtler untereinander. Besonders böse geht es zwischen ostdeutschen Schriftstellern zu, die unter einem uneingestandenem Rechtfertigungszwang leiden; die einen, weil sie in den Westen gegangen sind, die anderen, weil sie nicht dorthin gingen. Jeder verteidigt heute seinen Lebensweg, es gibt keine Verständigung mehr, und aus alten Freunden werden unversöhnliche Feinde. Aber bei alledem handelt es sich um die Zwiste kleiner Gruppen, die für die Allgemeinheit wenig interessant sind. Vor allem besagt die Existenz eines Streits nichts gegen die Existenz eines anderen.

Auch die "Wossis" verändern das Gesamtbild nicht wesentlich. Von den Westlern, die jetzt im Osten leben, werden viele zu hilfreichen Interpreten oder sogar vehementen Vertretern des Ostens. Hier ist ein Stück weit eine neue deutsch-deutsche Realität entstanden: Es gibt Ost-Studenten im Westen und auch West-Studenten im Osten. Je jünger die Leute sind, desto leichter finden sie zueinander, das Zusammenwachsen kommt mit dem Heranwachsen neuer Generationen - gewiss ist das allerdings nicht. Wir haben Inseln der Vereinigung, wo erreicht wird, was das ganze Land braucht. Aber es sind nur Inseln, umgeben vom großen Meer aus Unkenntnis und Unverständnis.

Nicht falsch sind manche historische Verweise. Von Theodor Storm stammen einige herrliche Sätze, in denen er das Auftreten und die Anmaßung der Preußen schildert, nachdem sie sich 1867 Schleswig und Holstein einverleibt hatten. Wer darin Preußen durch "Wessis" ersetzt, hat einen aktuellen Text, der im Osten genüsslich zitiert und weitergereicht wird. Aber man kann Storm auch optimistisch lesen: Trotz alledem, was damals war, entstand ein einheitliches Deutschland. Auch von den Polen kann man lernen. Mehr als hundert Jahre war ihr Land dreigeteilt und doch schafften sie zwischen 1919 und 1939 die Verschmelzung der russischen, österreichischen und deutschen Gebiete zu einem einheitlichen Staat. Auf

lange Sicht gibt all das Hoffnung - aber nur, wenn man es nicht bei nationalem Gottvertrauen lässt.

Vor zwölf Jahren, im Juli 1991, notierte ein westdeutscher Beobachter zehn Empfehlungen für den Umgang der Deutschen miteinander. Sie waren glücklich vereinigt, aber stellten damals, ein Jahr nach der Währungsunion, enttäuscht und erschreckt fest, wie fremd sie einander geworden waren. Die Ratschläge werden hier resümiert, weil sie einen Anhalt geben können, was sich seitdem verändert hat und was immer noch so ist wie damals.

Erstens: Wir sollten wissen, wie wenig wir voneinander wissen. Nach vierzig Jahren Teilung und Trennung ist Unkenntnis erklärlich; und man könnte sie langsam verringern, wenn nicht die meisten glaubten, sie wüssten ausgezeichnet Bescheid. Dieses Halbwissen festigt sich zur Überzeugung, je mehr die gängigen Vorurteile sich zu bestätigen scheinen. Die Westdeutschen meinen, dass die Ostdeutschen eben doch von ihrem Kommunismus verdorben worden seien; und den Ostdeutschen scheint es, als hätten die SED-Propagandisten doch nicht so unrecht gehabt, denn die Westdeutschen seien tatsächlich vom Kapitalismus menschlich ruiniert.

Zweitens: Wir sollten nichts für selbstverständlich nehmen. Wir sprechen dieselbe Sprache, gehören derselben Nation an und hegen dieselben elementaren Wünsche, da ist zwar anzunehmen, der andere empfinde, denke und reagiere wie man selbst, doch allzu oft tut er es nicht. Wer bei seinem deutschen Gegenüber gleiches Verhalten voraussetzt, erfährt leicht Enttäuschungen. Wer hingegen den anderen für anders hält, erlebt angenehme Überraschungen und bewahrt sich den Weg zum Verständnis.

Drittens: Wir sollten mehr beobachten als beurteilen. Nötig ist, erst einmal festzustellen, was ist, warum es so ist und weshalb es meistens nicht anders sein kann. Nur wer versteht, darf auch verurteilen. Nur wer versteht, vermag auch zu würdigen. Er kann Nöte der Ostdeutschen bedenken, die nicht sichtbar sind; und kann auch Leistungen achten, die nicht "Weltspitze" sind. Er kann erkennen, dass es auch in Westdeutschland Armut gibt und dass Wohlstand dort oft teuer bezahlt wird.

Viertens: Wir sollten Verallgemeinerungen fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Nicht jeder Ostdeutsche jammert und klagt, nicht jeder Westdeutsche fährt nur deshalb nach Osten, weil er ein Haus wiederhaben will. Nicht alle Ostdeutschen sind ohne Initiative und nicht alle Westdeutschen arrogant.

Fünftens: Wir sollten uns bewusst machen, dass die politischen Philosophien und unterschiedlichen Lebensformen tiefe und lang andauernde Wirkungen haben. Westdeutsche denken ökonomisch, Ostdeutsche denken sozial. Das ist stark vereinfacht, aber beweist sich täglich. Wenn die Vereinigung nicht weiter misslingen soll, werden die Westdeutschen begreifen müssen, dass die soziale Betrachtungsweise ihrer Landsleute nicht nur kommunistischer Erziehung und fürsorglicher Kumpanei entspringt: hier zeigen sich auch Spuren einer anderen Lebensauffassung, in der Effizienz und Erfolg nicht alles bedeuten. Aber ebenso müssen die Ostdeutschen sich klarmachen, dass sie nicht beides haben können, den Lebensstandard des Westens und die Gemütlichkeit des Ostens.

Sechstens: Wir sollten uns vor Perfektionismus hüten. Es gibt Probleme, die kann man nicht lösen, sondern nur entschärfen. So ist die Hinterlassenschaft von Stasi und SED auf keine Weise befriedigend zu ordnen - was immer man tut, viele Beteiligte oder Betroffene werden unzufrieden sein, und zwar mit Grund. Gerechtigkeit kann es nicht geben, sondern nur eine möglichst große Annäherung daran. Und das gilt nicht nur für die politische, sondern auch für die soziale Gerechtigkeit.

Siebtens: Wir sollten, wenn es Konflikte gibt, fragen, ob wir nicht selbst schuld sind. Kein Kanzler oder Fachminister hat sich nach 1990 die Mühe gemacht, den Ostdeutschen geduldig und ausführlich zu erklären, was die Rentenregelungen, das neue Steuerrecht und die Modernisierung von Wirtschaft und Landwirtschaft für sie bedeuten. Kein führender Politiker hat sich nach der Einheit hingestellt und gesagt, warum getan wird, was getan werden muss und wie groß die Lasten werden. Kein persönliches Wort, nur administrative Bekanntmachungen, keine überzeugende Geste der Teilnahme, nur routinierter Optimismus. Nicht das Volk

ist schuld, wenn es die Regierung nicht versteht; die Regierung ist schuld, weil sie sich nicht verständlich macht. Wenn wir daran nichts ändern, enden auch wir eines Tages bei Brechts Empfehlung an die Regierung, das Volk aufzulösen und sich ein neues zu wählen.

Achtens: Wir sollten uns vorstellen, alles wäre umgekehrt verlaufen. Die Westdeutschen müssten sich auf die Verhältnisse einstellen, die in der DDR herrschten. Sie müssten in einer Mangelwirtschaft zurechtkommen, in einer Diktatur überleben, sich zwischen Charakter und Karriere entscheiden oder eine Balance zwischen beidem versuchen, die nie ganz gelingt. Die meisten Alt-Bundesbürger stünden ebenso rat- und hilflos vor der Ostwelt, wie jetzt viele Ex-DDR-Bürger vor der komplizierten Westwelt stehen. Wie opferwillig wären die Ostdeutschen, wenn sie die Reichen wären und die armen Bundesbürger aus wirtschaftlicher Not erretten müssten? Und wer nach treuem Dienst für die SED "abgewickelt" wurde, sollte - auch wenn ihm Unrecht geschieht - wenigstens einmal bedenken, wie seine Partei heute in Westdeutschland verfahren würde, wenn sie der Sieger wäre.

Neuntens: Wir sollten wissen, dass es keine besseren und keine schlechteren Deutschen gibt. Weder Leistung noch Leid begründen eine moralische Überlegenheit. Wir sind alle das Ergebnis einer unterschiedlichen Geschichte, eine andere Erklärung gibt es nicht, denn bis 1945 waren wir noch alle gleich.

Zehntens: Wir sollten allen Verstand und alle Phantasie bemühen, um das Ungleichgewicht zwischen uns zu verringern. Der Kern aller Schwierigkeiten, zueinander zu kommen, liegt im Unterschied der Kräfte. Die Westdeutschen sind sich selbst genug, die Ostdeutschen sind auf ihre Landsleute angewiesen. Die Westdeutschen fühlen sich den ehemaligen DDR-Bürgern überlegen, da fällt es schwer, bescheiden zu sein. Die Ostdeutschen fühlen sich unterlegen, da fällt es schwer, nicht sperrig zu werden und zwischen Anpassung und Anmaßung die Mitte zu halten. Schlimmer als der Verlust von Geld, Arbeitsplätzen und Lebenschancen ist die Demütigung, die damit verbunden ist.

Das alles wurde vor zwölf Jahren gesagt. Manches ist offenkundig überholt, anderes erscheint noch peinlich aktuell, und vieles wirkt nicht mehr richtig, aber auch noch nicht falsch. Ost- und Westdeutsche werden vermutlich unterschiedlicher Meinung sein, und es gibt genug gute Gründe zu streiten, ob und inwieweit wir der "inneren Einheit" näher gekommen sind. In jedem Falle ginge es uns besser, wenn darüber nicht mehr geschwiegen, sondern gestritten würde - wie es dankenswerter Weise in diesem Heft der vorgänge geschieht.

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/vorg-161/publikation/von-der-aeusseren-zur-inneren-einheit/>

Abgerufen am: 16.08.2026